

Wenn Staaten Migration (aus)nutzen. Über Exterritorialisierung und Akteurschaft in der strategischen Migrationspolitik

Zusammenfassung

Die absichtliche Manipulation von Migration durch Regierungen, um Zugeständnisse anderer Staaten zu erwirken, wurde von Kelly M. Greenhill als *Coercive Engineered Migration* bezeichnet und bekannt gemacht. Wir unterziehen Greenhills Argumentation einer kritischen Überprüfung, weil wir, trotz der Anerkennung ihrer empirischen Arbeit, erhebliche Zweifel an der Kohärenz ihrer theoretischen Erklärung, ihres methodischen Vorgehens sowie der empirisch-analytischen Schlüsse haben. Wir diskutieren zunächst Greenhills Befunde und arbeiten dann zentrale Defizite heraus. Als Kontrastfolie stellen wir sodann neuere Beiträge der empirischen und politiktheoretischen Migrationsforschung vor, die die Bedeutung der zunehmenden Exterritorialisierung europäischer Migrationskontrolle thematisieren sowie die Akteurschaft von MigrantInnen alternativ konzeptualisieren. Wir identifizieren deren Mehrwert und entwickeln eine Forschungsagenda für eine sozialwissenschaftliche Analyse zur strategischen Migrationspolitik.

Schlagnvorte: Greenhill, Exterritorialisierung, Strategische Migrationspolitik, Coercion, Flucht, Europa

When states take advantage of migration. On exterritorialization and the role of actors in strategic migration policy

Abstract

Some analysts argue that (primarily) autocratic governments deliberately manipulate migration to obtain other foreign policy goals, resulting in what Kelly Greenhill has called ›Coercive Engineered Migration‹. This claim, we find, is based on scant historical evidence. Acknowledging Greenhills systematic work on forced migration, we have substantial doubts about the coherence of her theoretical argument, her methodological approach and veracity of her causal inferences after re-

reading her historical case material. In this article, we thus first discuss Greenhill's research findings systematically and elaborate on key theoretical and methodological shortcomings. By arguing that both democratic and autocratic regimes use migration for other foreign policy purposes, we introduce the term ›strategic migration management‹ to describe and explain new forms of forced and negotiated migration measures. Our novel approach addresses both the significance of the increasing extritorialization of European migration control and the actorness of migrants which is neglected by the concept of Coercive Engineered Migration. In doing so, we intend to develop a research agenda on strategic migration policy which includes but is not reduced to coercive policies.

Keywords: Greenhill, extritorialization, strategic migration policy, coercion, refugee, Europe

1. Einleitung

Griechische Minister drohten 2015, Reisedokumente an »300.000 Flüchtlinge« auszustellen, sollte die Europäische Union (EU) Griechenland keine weiteren Wirtschaftshilfen zur Verfügung stellen (Spiegel 2015). Die Drohung des türkischen Ministerpräsidenten, man werde »Europa nicht weiter vor der Überflutung in Schutz nehmen«, wurde 2016 von BeobachterInnen als beispiellose moralische Entgleisung aufgefasst (Die Welt 2016). Solche »Signale« (Morrow 1999: 77) sind keine historischen Einzelfälle. Diese besondere Form der außenpolitischen Instrumentalisierung kollektiver Fluchtbewegungen wurde bereits vor der ›europäischen Flüchtlingskrise‹ als Strategie einzelner Großmächte identifiziert (vgl. Loescher/Scanlan 1986; Stedman/Tanner 2003). Sie bilden die historischen Vorläufer eines neuen Forschungsfeldes, die ›Strategische Migrationspolitik‹ (SMP), welches wir im Rahmen dieses Beitrages näher bestimmen möchten.

Eine erste systematische Analyse strategischer Instrumentalisierung von Migration leistete Kelly M. Greenhill (2010). In *Weapons of Mass Migration* identifizierte sie 64 Fälle sogenannter *Coercive Engineered Migration* (CEM) seit 1951: die angedrohte oder tatsächliche Instrumentalisierung bestehender oder gezielt verursachter Fluchtbewegungen durch Konfliktparteien zur Durchsetzung weitergehender politischer, ökonomischer oder militärischer Ziele (Greenhill 2010: 24). Bisherige Besprechungen nahmen das Werk geradezu euphorisch auf (vgl. H-Diplo 2013; Luedtke 2012; Belton 2012).

Wir wollen Greenhills Werk einer kritischen Überprüfung unterziehen, weil wir, trotz der Anerkennung ihrer empirischen Arbeit, erhebliche Zweifel an der Kohärenz ihres theoretischen Arguments, methodischen Vorgehens und der darauf

aufbauenden empirisch-analytischen Schlüsse haben. Konkret fanden wir bei der Replikation der von Greenhill untersuchten Fälle eine deutlich geringere Anzahl erpresserischer Instrumentalisierungen als freiwilliger Migrationsvereinbarungen – auch auf Initiative der (angeblichen) Opferstaaten. Zudem zeigte die Replikation, dass sich der behauptete Zusammenhang zwischen Regimetyp und erpresserischer Instrumentalisierung deutlich abschwächt. Ein kritischer Blick – der in den bisherigen Reviewverfahren offenbar nicht gelang – legt damit eine deutlich andere Perspektive auf den Gegenstand frei. Wir meinen, dass diese Befundverschiebung durch den Terminus ›SMP‹ sachgerechter benannt wird als durch die deutlich engere und unseres Erachtens irreführende Bezeichnung ›CEM‹.

Auch geben wir zu bedenken, dass eine unkritische Übernahme der Terminologie Greenhills (vgl. Castles et al. 2014: 300; Choi/Salehyan 2013: 56), MigrantInnen als »demographic bombs« (Greenhill 2016b: 27) zu Objekten staatlichen Handelns degradiert und letztlich ihrer menschlichen Würde beraubt. Da Greenhill MigrantInnen im Sinne der Versicherheitlichung primär als Bedrohung für die Zielstaaten deutet, haben migrationsfeindliche Akteure das Instrumentalisierungspotential entsprechender politischer Schlussfolgerungen längst erkannt.¹

Vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen in und um Europa werden Greenhills jüngste Schriften aufmerksam rezipiert (siehe Greenhill 2015; 2016a; 2016b; 2016d; 2016e). In ihrer Analyse des »EU-Turkey CEM-facilitated Deal« (Greenhill 2016c: 327) illustriert sie anhand der Hervorhebung türkischer Drohungen erneut, wie es dem vermeintlich schwächeren Staat gelingen kann, Forderungen durchzusetzen: indem MigrantInnen als ›Waffen‹ eingesetzt werden.

In Abschnitt 2 diskutieren wir die zentralen Befunde Greenhills und arbeiten die wesentlichen Stärken und Schwächen heraus. Abschnitt 3 diskutiert alternative Konzeptionen, die zwei Argumentationsfiguren Greenhills in Frage stellen: die Opferrolle von Demokratien (hier der EU) gegenüber Autokratien und die Objektivierung von MigrantInnen als ›Waffen‹. In Abschnitt 4 skizzieren wir die Umriss einer eigenen Agenda zur Erforschung von SMP in Abgrenzung zu CEM. Das Fazit hebt die wissenschaftlichen und politischen Implikationen unseres Vorschlags hervor.

1 Die deutsche Übersetzung ›Massenmigration als Waffe‹ ist in dem rechtspopulistischen Kopp-Verlag erschienen (Greenhill 2016a).

2. ›Weapons of Mass Migration‹ reconsidered

Auf Grundlage akribischer Auswertungen öffentlicher Quellen und Interviews mit RegierungsvertreterInnen kommt Greenhill zu dem Befund, dass es vor allem autokratische Regime sind, die Zugeständnisse von machtpolitisch deutlich überlegenen Staaten – liberalen Demokratien – durch die intendierte Auslösung oder die gezielte Instrumentalisierung von Migrationsbewegungen erzwingen. Ihre Untersuchung beruht auf der Prämisse, dass illiberale Regime durch die Vertreibung, Entsendung oder Weiterleitung von MigrantInnen innergesellschaftliche Konfliktlinien in liberalen Demokratien aktivieren (Greenhill 2010: 50). Die innenpolitische Verwundbarkeit dieser Staaten werde dabei durch »Kosten der Heuchelei« (*hypocrisy costs*; Greenhill 2010: 20) erhöht, die durch die Divergenz zwischen dem normativen Anspruch und dem tatsächlichen Handeln entstünden. Letztendlich beruht Greenhills Argument auf der Beobachtung, dass sich Demokratien zwar zu internationalen migrationspolitischen Normen, beispielsweise dem *non-refoulement*, bekennen, deren innerstaatliche Umsetzung aber auch in demokratischen Gesellschaften umstritten bleibt (Greenhill 2010: 42).

Durch die intensive Aufarbeitung einer großen Fallanzahl gelingt es Greenhill, ein wichtiges migrationspolitisches Handlungsmuster zu identifizieren. Staaten instrumentalisieren Migrationsbewegungen für eine ganze Reihe unterschiedlicher Zwecke. Auch vermag die Studie grundsätzlich, Elemente der vergleichenden Analyse autokratischer und demokratischer Regime mit jenen der Migrationsforschung plausibel zu verknüpfen: Komme es in Folge eines steigenden Migrationenaufkommens zunehmend zu gesellschaftlichen Unruhen, versuchten Regierungen, die innerstaatliche Spaltung durch migrationshemmende Abkommen mit Transit- und Herkunftsstaaten zu verringern, um einem drohenden Legitimitätsverlust zu begegnen (Greenhill 2010: 40–41). Diese Beobachtung gilt als belastbare Hypothese (vgl. Hollifield/Wong 2015: 249–251; Jakob/Sch lindwein 2017: 71).

Die zentrale theoretische Erklärung von *Weapons of mass migration* sowie deren Verknüpfung mit dem empirischen Material halten indes einer genaueren Betrachtung nicht stand. Greenhill argumentiert, dass drei Akteurstypen CEM anwenden: Erstens jene, die gezielt durch eigene Handlungen Fluchtbewegungen auslösen oder zulassen, um Zielstaaten zu überlasten und Zugeständnisse zu erzwingen (*generators*). Zweitens solche, die als *agents provocateurs* damit drohen, Dritte zur Verursachung großer Migrationsbewegungen zu zwingen. Schließlich *opportunists*: Akteure, die bestehende Flucht- oder Migrationsbewegungen strategisch für eigene Zwecke ausnutzen. Durch die Instrumentalisierung von

Geflüchteten aus Syrien, so Greenhill, fällt in diese Kategorie auch der aktuelle Fall der Türkei (Greenhill 2016c: 328).

Rudolph (2011, 673) hat bereits darauf hingewiesen, dass Greenhills Fälle in der letzten Kategorie (26 von 64 Fällen oder 41%) eine zweifelhafte Validität aufweisen. Denn Situationen, in denen aufgrund externer Faktoren bestehende Migrationsbewegungen Teil internationaler Verhandlungen werden, sind schwerlich nur als CEM zu zählen. Ungleich schwerwiegender ist aus theoretischer Perspektive jedoch, dass bei einer gründlichen Analyse der 64 von Greenhill identifizierten CEM-Dyaden deutlich wird, dass in 16 Fällen (25%) Demokratien MigrantInnen als Druckmittel benutzten, um finanzielle Zugeständnisse von den Zielstaaten zu erwirken. Besonders auffällig ist, dass sich in zwölf dieser 16 Fälle Demokratien gegen Demokratien wendeten. Im Klartext heißt dies, dass in 19% aller untersuchten Fälle der als zentral postulierte theoretische Zusammenhang, die Differenz zwischen Autokratie und Demokratie, gar nicht wirken konnte, weil nur Demokratien beteiligt waren.

Betrachtet man diese demokratischen Dyaden nochmals genauer, fällt auf, dass die Mehrzahl der von Greenhill identifizierten Instrumentalisierungssignale² (62%) von Demokratien an ihre demokratischen Opponenten in nicht-öffentlichen diplomatischen Unterredungen als Drohungen geäußert wurde (*covert*). Zum Vergleich: die große Mehrzahl der autokratischen Signale wurde als öffentliche Statements (*overt*) ausgesprochen (dies sind 27 von 38 Fällen oder 71%).³ Da *covert actions* naturgemäß sehr viel schwieriger zu ermitteln sind, legt dieser vorläufige Befund nahe, dass Greenhill einen gewichtigen Teil demokratischer Instrumentalisierungen nicht erfasst haben und deshalb zu einer relativen Überbewertung der Anwendung von CEM durch autokratische Regime gekommen sein könnte.

Ein weiteres analytisches Defizit der Untersuchung ist, dass MigrantInnen lediglich als passive Opfer, als »true victims« (Greenhill 2010: 278), staatlicher Instrumentalisierung interpretiert werden. In dem Erklärungsmodell werden MigrantInnen nicht nur *per se* als Bedrohung (genauer »Massenvernichtungswaffen«) stigmatisiert, Staaten wird auch die Fähigkeit unterstellt, Migrationsbewegungen zielgenau steuern zu *können*. Das widerspricht den Befunden früherer Forschungen, die zeigen, dass es Staaten auch bei Aufwendung erheblicher Finanzmittel nicht möglich ist, größere Migrationsbewegungen über ihre Grenzen zu verhindern (vgl. Duran et al. 1999: 518; Miller 1999: 25; Stelzer 2001: 8; Tay-

2 Als relevante Signale in diesem Sinne versteht Greenhill bspw. die Äußerung Fidel Castros im Jahre 1994: »either the US take serious measures to guard their coasts, or we will stop putting obstacles in the way of people who want to leave the country« (Greenhill 2010: 75).

3 In den verbleibenden Fällen werden nicht-staatliche Akteure als »verantwortlich« operationalisiert.

lor 2005: 571–572; Lutterbeck 2006: 73). Zudem zeigen migrationssoziologische Studien, dass die Fluchtziele von MigrantInnen durch unterschiedliche Faktoren (u.a. ökonomische Chancen, Versorgungs- oder persönliche Sicherheit) beeinflusst werden und während der Flucht auch veränderte Motivlagen auftreten (IOM 2016: 32).

Daraus folgt für uns die begründete Annahme, dass Staaten Migration (wenn überhaupt) nur gegenüber jenen Staaten instrumentalisieren können, in die Migrierende sowieso wollen. Die Aussage, Flüchtende seien Opfer staatlicher Instrumentalisierung, wenn ihnen die Durchreise in das von ihnen präferierte Zielland ihrer Wahl ermöglicht wird, wirkt hier im besten Fall irreführend. Denn nur wenn Staaten Flüchtlinge gezielt aufhalten und drangsalieren, um den moralischen Druck auf die Zielstaaten zu erhöhen, kann von einer eindeutigen Täter-Opfer-Beziehung ausgegangen werden.

Dies widerspricht Greenhills Argumentation, wonach Autokratien die moralisch »schizophrenic relationship [demokratischer Staaten] with migrants and refugees« (Greenhill 2010: 41) erkennen und diese *initiativ* ausnutzen. Denn zum einen können die Zielländer auch die eigeninteressierte Migrationspraxis der Flüchtenden zum Ausgangspunkt ihres eigenen Handelns machen. Die sog. Fluchtursachenbekämpfung zielt sicherlich primär darauf, die ursprüngliche Fluchtentscheidung der Migrierenden zu beeinflussen. Ebenso wird aber auch das Instrumentalisierungspotential für mögliche Transitländer erhöht, indem Kooperationszuständnisse im Bereich Migration an direkte Forderungen geknüpft werden. Zum anderen kann die (nachrangige) Instrumentalisierung von Migrationsbewegungen durch Transitstaaten entweder als ein strategisches Verhandlungsmanöver – im Sinne eines *window of opportunity* – (Kingdon 1984: 21) interpretiert werden, aber auch als bloße Aufforderung zur Unterstützung in einer migrationspolitischen Notlage, die sich zweifelsfrei in Nachbarstaaten von Bürgerkriegsländern wie Syrien ergibt. In beiden Fällen wären die Zielländer jedoch keine Opfer, sondern eigeninteressierte *Verhandlungspartner*. So gibt es aus unserer Sicht gute Gründe, die EU-Türkei-Vereinbarung seit ihrem Ursprung im Jahre 2002 nicht als Erpressung, sondern als (selbstverschuldete) Anerkennung und nachträgliche Unterstützung der türkischen Bereitschaft zur Aufnahme syrischer Schutzsuchender zu betrachten (vgl. Hofman/Schmidt 2016: 2).

3. Strategische Migrationspolitik: Exterritorialisierung und MigrantInnen als Subjekte

Jüngere Beiträge der empirischen Migrationsforschung thematisieren genau diesen Typus der eigeninteressierten Verhandlungen zwischen Herkunfts-, Transit- und Zielstaaten im Rahmen der zunehmenden »Exterritorialisierung« und »Externalisierung«⁴ der europäischen Migrationskontrolle (Cernadas 2009: 188; del Sarto 2010: 16; Dedja 2012: 116; Anderson 2014: 122). Zentrale Werkzeuge der Ausweitung des europäischen Grenzraumes sind dabei migrationspolitische Abkommen, wie der *Global Approach to Migration and Mobility* (GAAM), die *Khartoum-Erklärung* 2014 (Schulze Wessel 2017: 167) ebenso wie die von Greenhill selbst untersuchte EU-Türkei-Übereinkunft von 2016 (Greenhill 2016c).

Die Debatte um die zunehmende Ausdehnung des europäischen Grenzraumes verdeutlicht unserer Auffassung nach, wie Greenhills theoretischer Zugang die Möglichkeit ausschließt, dass die EU oder andere Zielstaaten initiativ als eigeninteressierte Verhandlungspartner gegenüber Autokratien oder anderen Demokratien auftreten könnten (vgl. Jakob/Schlindwein 2017: 71). Wir meinen daher, dass eine vorurteilsfreie Beschreibung und Erklärung des Verhandlungsverlaufes sowie der getroffenen Vereinbarungen zumindest erschwert, wenn nicht gar verhindert wird. Denn dort, wo augenscheinlich Zwang zwischen Regimetypen herrscht (»böse« Autokratie/»gute« Demokratie), wird der Blick verstellt für eigeninteressiertes Handeln jenseits bestimmter Regimeformen. Auch bleibt die Frage nach der langfristigen Bedeutung dieser Abkommen durch die Schaffung neuer Abhängigkeitsverhältnisse unbeantwortet, welche die Beziehungen der EU zu den Herkunfts- und Transitstaaten nachhaltig verändert (Hampshire 2016: 572; Jakob/Schlindwein 2017: 170).

In einem zweiten Schritt geben wir zu bedenken, dass mehrere Beiträge der politiktheoretischen Migrationsforschung die Rolle und zunehmende Akteurschaft der MigrantInnen selbst herausgearbeitet haben. Wir greifen im Folgenden einige dieser Beiträge auf und argumentieren, dass SMP immer als soziale Beziehungen zwischen mindestens drei Akteursgruppen (MigrantInnen, Herkunfts- und Transitstaaten sowie den Zielstaaten) gedacht werden sollte.

4 »Exterritorialisierung« bezieht sich auf Grenzkontrollen unter der *Ägide* der EU außerhalb des eigenen Territoriums (bspw. durch europäische Grenzbeamte). »Externalisierung« bezeichnet die Durchführung von EU-induzierten Kontrollprogrammen durch Herkunfts- und Transitstaaten (Schulze Wessel 2017: 179).

In *African Migrants and Europe. Managing the Ultimate Frontier* setzt sich Lorenzo Rinelli (2016) theoretisch mit der Akteurschaft von Flüchtenden in mehreren Analysen moderner Migration von Afrika nach Europa auseinander. Er nimmt eine Gegenposition zu Greenhill ein: Die Vorstellung, dass Flüchtende durch das Risiko von Verhaftung, Folter oder möglicherweise Tod von ihrer Entscheidung, internationale Grenzen zu überqueren, nachhaltig abgeschreckt werden könnten, sei »a symptom of a striking naiveté [...] even if they are perfectly aware that the risk of dying before arriving in Europe is significantly soaring as a consequence of the securitization of the frontier« (Rinelli 2016: 76). Die alleinige und isolierte Analyse staatlichen Handelns greife zu kurz. Durch die Betonung der ko-konstitutiven Beziehung zwischen staatlicher Migrationskontrolle einerseits und dem Handeln von MigrantInnen andererseits plädiert Rinelli dafür, die politische Subjektivität von MigrantInnen und Flüchtenden anzuerkennen. Mit anderen Worten: Für Rinelli sind es die MigrantInnen, die hohe Risiken eingehen, welche die Gesellschaften der Zielstaaten und ihrer Regierungen unter Handlungs- und Rechtfertigungsdruck setzen und dadurch sich selbst zu handelnden Subjekten machen.

Rinelli entwickelt ein modernes Grenzkonzept, als heterogene Gesamtheit der Diskurse, Gesetze, Technologien, Verwaltungs- und Kontrollhandlungen, die zu einer Blockade von Migration aus Nord-Afrika in die europäischen Gesellschaften führen (Rinelli 2016: 51). Europäische Grenzen, so die These, verlaufen nicht nur territorial zwischen Staatsgebieten, sondern – durch Kontrollpraktiken und bilaterale Abkommen konstituiert – bereits auf dem afrikanischen Kontinent (Rinelli 2016: 24; vgl. Yildiz 2016). In dieser Lesart ist moderne Migration gekennzeichnet durch die Auflösung der Territorialgrenzen hin zu »Grenzräumen« wie Julia Schulze Wessel in *Grenzfiguren – Zur Politischen Theorie des Flüchtlings* formuliert:

»Denn die Transformation der Grenze in einen Grenzraum hat zur Folge, dass auf den Wanderungen, auf der Flucht nicht einzelne nationale Grenzen überschritten werden – dieser Weg entspricht dem Weg der Flüchtlinge bis in die 1990er Jahre – sondern, dass die undokumentierten Migranten permanent mit der Grenze konfrontiert sind, die die Nationalstaaten umgibt und durchzieht [...]. Die Wege sind deswegen von Unsicherheit und Willkür geprägt – das bringen Exterritorialisierung und Deterritorialisierung mit sich« (Schulze Wessel 2017: 121).

MigrantInnen seien damit Akteure, deren wachsende Mobilität die klassische Logik der internationalen Beziehungen sowie das Prinzip der Territorialität aufbreche und könnten als »Grenzgestalter, Gestaltende von Räumen, nicht lediglich als Opfer ausschließender politischer Ordnungen verstanden werden« (Schulze

Wessel 2017: 112). In der Terminologie Greenhills gelten Migrierende hingegen als »national resource to be managed like any other« (Greenhill 2010: 8), weil Staaten durch Anreize und Repressionen ihre Handlungen (weitgehend) kontrollieren könnten.

Vaughan-Williams (2015) indes warnt vor einer Betonung der Handlungsfähigkeit von MigrantInnen. Denn gerade durch die Hervorhebung der eigenständigen Verantwortlichkeit von Flüchtenden rechtfertigten Grenzschutzorganisationen wie Frontex ein brutales – mitunter tödliches – Vorgehen. Fälle, in denen Boote auf das offene Meer zurückgedrängt wurden und Menschen als direkte Folge starben, zeigten, dass die Ausweitung europäischer Grenzkontrollen »renders particular lives more vulnerable to lethal conditions in which contestation, protest, and resistance – though possible in certain contexts – are nonetheless severely curtailed or even impossible in others« (Vaughan-Williams 2015: 67).

Berntsen (2015) betont, dass öffentliche Einflussnahme durch MigrantInnen häufig spontan und situativ, nicht durch eine stabile politische Organisation geschehe, MigrantInnen aber sehr wohl Einfluss auf ihre politische Umgebung ausübten. Der Einfluss äußere sich aber durch »small-scale, often invisible, social and oppositional practices of individuals and groups« (Berntsen 2015: 36). Collyer (2012) argumentiert in diesem Sinne, dass erst die vielfache Bereitschaft, das eigene Leben bei der Überfahrt über das Mittelmeer zu riskieren – anstatt in der Heimat oder einem Transitland zu verbleiben – dazu führte, dass die EU die »Sicherung ihrer Außengrenzen« in das subsaharische Afrika vorverlegt habe (vgl. Barbero 2012: 531; Wonders 2015: 197). Konkret zeigt er, dass die EU auf die sich häufenden tödlichen Zwischenfälle bei Grenzstürmungen um Ceuta und Melilla ab 2005 mit verstärkten Verhandlungen mit Marokko reagierte, ohne erkennbare vorherige staatliche Instrumentalisierung (Collyer 2012: 505; vgl. Schulze Wessel 2017: 108).⁵

4. Ein neuer empirisch-analytischer Zugang zur Strategischen Migrationspolitik

Unser kritischer Blick auf die betrachteten Werke zeigt, dass theoriegeleitete und vergleichende Migrationsforschung, welche die politische Interaktion zwischen Herkunfts-, Transit- und Zielstaaten sowie MigrantInnen analysiert, weiterhin ein Desiderat ist. Die Erhebung einer höheren Fallanzahl und die Untersuchung von demokratischen Staaten-Dyaden könnten wichtige Fragen beantworten, auch

5 Siehe für eine ähnliche außereuropäische Fallstudie: Bradley (2013: 118–122).

wenn es methodisch schwierig bleiben dürfte, verdeckte Drohsignale zu identifizieren. Aus unserer Sicht geht jedoch kein Weg daran vorbei, zunächst theoretisch zu klären, welche relationalen Akteurskonstellationen welche migrationspolitischen Wirkungen entfalten können und dann zu überlegen, wie die jeweilige Handlungsdisposition mittels Indikatoren bestimmt werden kann.

Im Folgenden wollen wir daher die alternativen Möglichkeiten der von uns erweiterten migrationspolitischen Akteurskonstellationen aufzeigen. Wir basieren unsere Konzeption auf der obigen kritischen Auseinandersetzung mit Greenhill, indem wir die Motivlagen jenseits ausbeuterischer Absichten (beispielsweise durch Verhandlungen) in der Anwendung von SMP auf die zwischenstaatliche Akteurskonstellation miteinbeziehen. Anschließend gründen wir mögliche Operationalisierungen unterschiedlicher Akteurskonstellationen auf das Komplementärverhältnis zwischen Zwang, Tausch und Identifikation mit gemeinsamen Normen.

4.1 Akteurskonstellationen in der strategischen Migrationspolitik

In den oben diskutierten Forschungsbeiträgen wird davon ausgegangen, dass sowohl die beteiligten Staaten als auch die Migrierenden dauerhafte priorisierte Interessen haben, sodass – wie bei Greenhill geschehen – stabile Täter-Opfer-Beziehungen entstehen. Wir finden in Greenhills Untersuchung insofern eine zugespitzte Form dieser Analyse, als dass sie demokratischen Gesellschaften zwar eine grundsätzliche Ambivalenz gegenüber der Einhaltung globaler Migrationsnormen unterstellt, diesen jedoch eine stark normgebundene Migrationspolitik zuspricht und gleichzeitig die Herkunfts- und Transitstaaten verbunden mit einer Regimetypenform – Autokratie – als »coercer« (Greenhill 2010: 33) konzeptualisiert (siehe Tabelle 1; ausschließlich Quadrant 3).

Wir halten eine solche ideologisch dichotome Konzeption der migrationspolitischen Akteurskonstellationen aus folgenden Gründen für unterkomplex: Erstens verdeckt diese Konzeption den empirischen Befund, wonach auch demokratische Zielstaaten strategische Migrationspolitik gegenüber anderen Staaten betreiben, auch wenn sie dies (offenbar) regelmäßig vor der Öffentlichkeit verschweigen (Quadranten 2).

Tabelle 1: Zwischenstaatliche migrationspolitische Akteurskonstellationen in SMP

B: Zielstaat A: Transit- / Herkunftsstaat	Schwach normengeleitete Migra- tionspolitik	Stark normengeleitete Migrations- politik
	1. Stabile kompetitive Verhand- lungsbeziehung als strategische Ressourcen-allokation in (neuer) Normgemeinschaft	2. Fragile Ausbeutung in Täter (B) → Opfer (A)-Relation
Schwach normengeleitete Migrationspolitik		
Stark normengeleitete Migrati- onspolitik	3. Fragile Ausbeutung in Täter (A) → Opfer (B)-Relation	4. Stabile Beziehung durch gemeinschaftliche Einhaltung bestehender Normen.

Eine *beiderseitig* interessengeleitete Übereinkunft zwischen Herkunfts-/Transitstaat und Zielstaat auf der Grundlage strategischer Migrationspolitik, zumal zwischen Autokratie und Demokratie, schließt Greenhill aus (Quadrant 1). Sie ignoriert damit eine empirisch zunehmend beobachtbare Akteurskonstellation: Die Vereinbarung neuer bzw. die Weiterentwicklung bestehender Normen im strategischen Eigeninteresse zwischen Verhandlungspartnern.

Die oben diskutierten Forschungsbeiträge weisen zudem darauf hin, dass die demokratischen Zielstaaten (der EU) ihrerseits durch die Initiierung von Rücknahme- und Rückhalteabkommen mit diversen Transitländern, deren migrationspolitische Positionierung zum Gegenstand von (Tausch-)Verhandlungen gemacht haben (Jakob/Sch lindwein 2017: 71–72). Ungeachtet der Motive, welche die EU-Staaten zu dieser Initiierung bewegten, bleibt festzuhalten, dass sich demokratische Regierungen offensichtlich eigeninteressiert und freiwillig auf diese neue Art migrationspolitischer Vereinbarungen mit Transitländern einließen. Dieser Verhaltenswandel (entspricht einer Bewegung von Quadrant 3 → 1) ist erklärungsbedürftig.

Eine deterministische Perspektive verdeckt zudem den empirischen Befund, wonach Herkunfts-/Transitstaaten (autokratische oder demokratische) sowohl ihre migrationspolitische Praxis als auch die dahinterliegenden Interessen im Zuge der Interaktion mit MigrantInnen, den Zielstaaten und Drittstaaten über Zeit verändern können. So geben wir für den Fall der Vereinbarung zwischen der Türkei und der EU zu bedenken, dass die Türkei seit Beginn des sogenannten arabischen Frühlings eine Führungsrolle unter den sunnitisch-geprägten arabischen und nordafrikanischen Ländern anstrebte und im Zuge der daraus resultierenden neo-osmanischen Außenpolitik eine aktive Aufnahmepolitik gegenüber syrischen

Kriegs- und Vertreibungsoffern betrieb (Ahmadoun 2014: 1; Genc 2017: 60). Erst als sich die Chancen auf dauerhafte Übernahme einer türkischen Führungsrolle im Nahen Osten verschlechterten, indem sich die geschwächten arabischen Regime konsolidierten, die gesellschaftliche Aufnahmebereitschaft in der Türkei nachließ und die EU ihrerseits ein Angebot für einen Tausch – Rückhaltung von Flüchtlingen gegen verbesserte EU-Türkei-Beziehungen – unterbreitete, kam es zu einer Vereinbarung (Corabattir 2016: 18). Analytisch zeigt diese Episode aus unserer Sicht deutlich, wie die Türkei und die EU über die Zeit ihre migrationspolitischen Beziehungen von Quadrant 2 zu Quadrant 1 weiterentwickelten, indem die Übernahme besonderer migrationspolitischer Lasten an die Vorteilsgewährung bei der finanziellen Unterstützung und Verbesserung der EU-Beitrittsverhandlungen durch die Türkei gekoppelt wurde.

Daraus folgt, dass die Bewegung der Akteure zwischen den oben aufgeführten migrationspolitischen Akteurskonstellationen potentiell sehr viel größer ist und sehr viel häufiger zu einer stabilen symmetrischen Beziehung zwischen den Akteuren führen kann. Zugleich gilt aber auch, dass diese Beziehungen neue Institutionen und Normen beinhalten können, beispielsweise Tauschvereinbarungen, die mit den bestehenden migrationspolitischen Normen nur teilweise oder überhaupt nicht mehr im Einklang stehen (vgl. Hofmann/Schmidt 2016: 1).

4.2 Indikatoren für die Dynamik migrationspolitischer Akteurskonstellationen

Zwang spielt in der zwischenstaatlichen Migrationspolitik nach wie vor eine gewichtige, möglicherweise sogar zunehmend wichtige Rolle. Wie das Beispiel des griechischen Verteidigungsministers Kamenos zeigt, der den nördlichen EU-Staaten die Ausstellung von Reisepapieren auch für potentiell terrorverdächtige MigrantInnen androhte⁶, kommt es selbst in integrierten Gemeinschaften wie der EU immer wieder zum Einsatz von Zwangsandrohung.

Da es bei der Anwendung von Zwang in der strategischen Migrationspolitik um die relative Besserstellung des Erzwingenden gegenüber dem Gezwungenen geht, muss der relative Mehrwert im Sinne der Kontrolle der jeweiligen situativen Lastenverteilung konkret messbar gemacht werden. Für die Identifikation solcher *ausbeuterischer* Akteurskonstellationen ergibt sich daraus die Vermutung der Forderung nach vermehrten Kontrollmechanismen, die Objektivierung von Migran-

6 Kamenos: »If Europe leaves us in the crisis, we will flood it with migrants, and it will be even worse for Berlin if in that wave of millions of economic migrants there will be some jihadists of the Islamic State too« (Waterfield 2015).

tInnen im Sinne einer Maßzahl in einem vertraglichen Migrationslastenverteilungsmodell und die Abwesenheit der Anerkennung einer gemeinsamen Rechtsordnung, die die Rechte und Pflichten der Staaten gegenüber den MigrantInnen festschreibt.

Wir weisen darauf hin, dass ausbeuterische Strategien selten allein, vielmehr oft im Verbund mit eigeninteressierten Tauschvereinbarungen einhergehen. Dabei setzen migrationspolitische Vereinbarungen, die auf dem Eigeninteresse der beteiligten Staaten beruhen, keine identischen, sondern vielmehr kompatible Interessen voraus. Die Vereinbarung des Dublin-Regelwerks zur Migrationsgewährung und Kontrolle von unterschiedlichen Migrierendengruppen kann als Tausch zwischen den südlichen EU-Ländern, welche die Arbeitnehmerfreizügigkeit für ihre BürgerInnen in der EU präferierten und den nördlichen EU-Ländern, die den Schutz der EU-Außengrenzen durch die Ersteintrittslandregel gegenüber externen Migrierenden gewährleisten sehen wollten, verstanden werden (Zaun 2016: 150).

Tauschbeziehungen ohne (offensichtlichen) Zwang können gleichwohl auch auf die Aufrechterhaltung bestehender Normen zielen, wenn sie auf die Ertüchtigung von Staaten gerichtet sind, die zwar normative Verpflichtungen in der Vergangenheit eingegangen sind, diese aber aktuell nicht einhalten (können). So behauptet die EU-Kommission, dass die migrationspolitischen Abkommen im Rahmen des GAAM dieses Ziel anstreben, während Kritiker argumentieren, dass die Ertüchtigungshilfen nicht ausreichen, um die Normeinhaltung zu gewährleisten oder wesentlich die weitergehende Nichteinhaltung verschleiern, um Flüchtende vom weiteren Transit abzuhalten (Carrera/Hernandez 2009: 36). Inwiefern ein Tauscharrangement bewusst auf die Absenkung normativer Verpflichtungen bzw. Ansprüche abzielt (und damit zum ungleichen Tausch zu Lasten der Migrierenden wird), ist umstritten und bedarf der empirischen Untersuchung im Einzelfall. Denn ob eine solche bewusste Absenkung oder deren Inkaufnahme auf Einzelfälle, beispielsweise Krisensituationen, beschränkt ist, oder systematisch in bestimmten Staatengruppen auftritt, ist bislang unklar.

Die Aufnahme von Flüchtenden und anderen Migrierenden wird in westlichen gesellschaftlichen Diskursen regelmäßig – neben den einschlägigen internationalen Normen – mit innerstaatlichen Normen verknüpft: dem Erhalt von Wohlstand, der eigenen Identität und Sicherheit (Tsoukala 2005: 162; Zogata-Kusz 2012: 7–9). Da diese Diskurse in ihrer dynamischen Natur von zentraler Relevanz für die Position der jeweiligen Staaten sind, sollten diese in der Analyse einer eventuellen Dominanz des migrationspolitischen Diskurses innerhalb und zwischen den Staaten mit einbezogen werden.

In einem wohlfahrtsorientierten Diskurs ist davon auszugehen, dass die potentiellen Effekte der dauerhaften Einwanderung von jungen und gut ausgebildeten Migrierenden, eine gewichtigere Rolle spielen, als in Diskursen, die durch Versicherheitlichung und eine potentielle kulturelle oder terroristische Bedrohung geprägt sind. Konkret lässt sich mit Trauner/Turton (2017: 36–37) beobachten, wie sich zunächst in unterschiedlicher Geschwindigkeit und Tiefe ein Diskurs über eine Willkommenskultur in Österreich und Deutschland verfestigte, der jedoch ab der Jahreswende 2015/16 wieder unter Druck geriet. Daraus folgt analytisch, dass keine feststehenden gesellschaftlichen Konfliktlinien angenommen werden können, sondern deren kontextabhängige soziale Konstruktion zum Gegenstand der Analyse werden sollte. Auch die große Varianz der Anerkennungsquoten von Bürgerkriegsflüchtlingen über Zeit in den EU-Mitgliedsstaaten ist ein deutlicher Indikator für die Varianz der rechtlichen und diskursiven Akteurskonstellationen im Bereich der Flüchtlingspolitik (vgl. Toshkov/de Haan 2013: 668). Vor diesem Hintergrund gehen wir davon aus, dass alle vier oben vorgestellten Akteurskonstellationen gleichermaßen relevant sein können, und *a priori* weder aufgrund der Regimeform noch der Eigenschaft als Ziel- bzw. Herkunfts-/Transitstaat angenommen werden darf, in welcher Art von normativer Ordnung sich die jeweiligen Beziehungen entwickeln.

Unser Indikatorenkatalog sollte nur als erste Skizze verstanden werden. Er wird um konkrete Messverfahren und Indikatoren (beispielsweise Diskurselemente und -formationen im Rahmen einer kritischen Diskursanalyse) weiterentwickelt werden. Grundlage dafür ist das Konzept einer relationalen SMP, die den gezielten Einsatz, die Initiierung, Förderung oder anderweitige Steuerung von Migrationsbewegungen zu außenpolitischen Zwecken unter Missachtung bestehender (inter-)nationaler migrationspolitischer Verpflichtungen analysiert, aber dabei die Bedeutsamkeit der Handlungen von Migrierenden anerkennt.

5. Ausblick

In unserem Forumsbeitrag haben wir uns zunächst kritisch mit dem Konzept der CEM auseinandergesetzt und dann zentrale Beiträge zur Exterritorialisierung von Migrationspolitik diskutiert, um so den analytischen Rahmen für eine relationale strategische Migrationspolitikforschung aufzuspannen. Dieser neue Forschungsansatz nimmt viele empirische Beobachtungen Greenhills auf, verändert aber deren staatszentrierten und rationalistischen Fokus, indem er eine relationale und

sozialkonstruktivistische Perspektive einnimmt. Dieser Perspektivenwechsel, so argumentieren wir, verspricht einen theoretischen und analytischen Mehrwert.

Erstens vermag dieser Ansatz, weit mehr Varianz in den migrationspolitischen Positionen der Staaten abzubilden, als dies bislang der Fall war. Dabei gilt dies nicht nur für die Varianz zwischen verschiedenen Regimetypen, sondern auch für die Varianz über Zeit, weil das *dynamische* Aufeinandertreffen von Staaten-Dyaden in ihrer Beziehung zu den Migrierenden besser erfasst werden kann. Eine unvoreingenommene Interpretation der türkischen Aufnahmepolitik gegenüber syrischen Flüchtlingen zeigt beispielsweise deutlich, wie sich die Interessenlage der türkischen Regierung verschiebt, aber von einer ausbeuterischen Grundhaltung gegenüber der EU nicht gesprochen werden kann.

Zweitens verspricht die relationale Perspektive auch, die Interaktion zwischen Staaten-Dyaden genauer abzubilden. An dieser Stelle sehen wir besonders großen Forschungsbedarf, weil wir eine viel deutlichere analytische Unterscheidung von Zwang, Tausch und gemeinsamer Normenidentifikation zwischen den beteiligten Staaten anhand von nachvollziehbaren Indikatoren, inklusive etwaiger Mischformen, für notwendig erachten. Wir meinen, dass unser Vorschlag einer neutraleren Begrifflichkeit in der Erforschung strategischer Migrationspolitik helfen kann, die politisch und normativ stark aufgeladene Debatte um ›Erpressung‹, ›Massenvernichtungswaffen‹ etc. zu versachlichen.

Drittens findet die Bedeutung des (Migrations-)Verhaltens der Flüchtenden, welche die Deutung der Akteurskonstellationen zwischen den Staaten sowie zwischen den Migrierenden und Staaten maßgeblich mitprägt, bislang nur unzureichend Beachtung in der staatszentrierten Forschung. Weder die Beschreibung von Migrierenden als ›Waffen‹ oder ›Opfern‹ staatlicher Instrumentalisierung wird dem möglichen Spektrum an Akteurschaft in der Fluchtbewegung gerecht, noch die gegenteilige Annahme. Vielmehr zeigen Befragungen von Migrierenden, dass ihre Rolle ganz wesentlich und möglicherweise zunehmend vom Verhalten interessierter Dritter (unter anderem Schleusern und Nichtregierungsorganisationen) mitbestimmt wird.

Angesichts der dynamischen Entwicklungen in diesem Politikfeld ist es daher höchste Zeit, den sozialen Beziehungscharakter zwischen Flüchtenden, Herkunft-/Transit- und Zielgesellschaft stärker in den Forschungsmittelpunkt zu rücken. Weil diese Beziehungen nicht statisch sind, sondern durch die soziale Praxis von Flucht (und Vertreibung) stetig verändert werden, sollte die Forschung dieser Relationalität zukünftig stärker Rechnung tragen.

Literatur

- Ahmadoun, Souad (2014), *Turkey's Policy toward Syrian Refugees. Domestic Repercussions and the Need for International Support*, https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/comments/2014C47_ahmadoun.pdf, 3.11.2017.
- Anderson, Ruben (2014), *Illegality, Inc. Clandestine Migration and the Business of Bordering Europe*, Oakland.
- Barbero, Iker (2012), Expanding Acts of Citizenship. The Struggles of Sinpapeles Migrants, *Social and Legal Studies*, 21 (4), 529–547.
- Belton, Kristy (2012), Weapons of Mass Migration. Forced Displacement, Coercion, and Foreign Policy by Kelly M. Greenhill, *Political Studies Review*, 10 (2), 257–258.
- Berntsen, Lisa E. (2015), *Agency of Labour in a Flexible Pan-European Labour Market. A Qualitative Study of Migrant Practices and Trade Union Strategies in the Netherlands*, Jyväskylä.
- Bradley, Megan (2014), Rethinking Refugeehood. Statelessness, Repatriation, and Refugee Agency, *Review of International Studies*, 40 (1), 101–123.
- Castles, Stephen/de Haas, Hein/Miller, Mark. J. (2013), *The Age of Migration. International Population Movements in the Modern World*, Basingstoke.
- Carrera, Sergio/Hernández, Raúl (2009), The Externalisation of the EU's Labour Immigration Policy: Towards Mobility or Insecurity Partnerships, *Centre for European Policy Studies Working Paper*, Nr. 321.
- Cernadas, Pablo C. (2009), European Migration Control in the African Territory. The Omission of the Extraterritorial Character of Human Rights Obligations, *Sur International Journal on Human Rights*, 6 (10), 179–202.
- Collyer, Michael (2012), Migrants as Strategic Actors in the European Unions's Global Approach to Migration and Mobility, *Global Networks*, 12 (4), 505–524.
- Choi, Seung-Whan/Salehyan, Idean (2013), No Good Deed Goes Unpunished. Refugees, Humanitarian Aid, and Terrorism, *Conflict Management and Peace Science*, 30 (1), 53–75.
- Corabatir, Metin (2016), *Turkey's Migration Governance and Development of Migration Policies*, <https://www.migrationpolicy.org/sites/default/files/publications/TCM-Dev-Corabatir-FINALWEB.pdf>, 3.11.2017.
- Dedja, Sokol (2012), The Working of EU Conditionality in the Area of Migration Policy. The Case of Readmission of Irregular Migrants to Albania, *East European Politics & Societies*, 26 (1), 115–143.

- del Sarto, Raffaella A. (2010), Borderlands. The Middle East and North Africa as the EU's Southern Buffer Zone, in: Bechev, Dimitar/Nicolaidis, Kalypso (Hrsg.), *Mediterranean Frontiers. Borders, Conflicts and Memory in a Transnational World*, London, 149–167.
- Die Welt (2016), *Recep Erdogan erpresst Europa mit Flüchtlingen. Türkei droht, die Grenzübergänge wieder zu öffnen. Bundesregierung und EU reagieren verhalten*, https://www.welt.de/print/die_welt/article159776074/Recep-Erdogan-erpresst-Europa-mit-Fluechtlingen.html, 24.10.2017.
- Duran, Jorge/Massey, Douglas/Parrado, Emilio A. (1999), The New Era of Mexican Migration to the United States, *The Journal of American History*, 86 (2), 518–536.
- Genc, Savas (2017), Analyse Türkei. Wende zur Diktatur, *WeltTrends*, 25 (132), 58–62.
- Greenhill, Kelly M. (2010), *Weapons of Mass Migration. Forced Displacement, Coercion, and Foreign Policy*, Ithaca.
- Greenhill, Kelly M. (2015), *Demographic Bombing. People as Weapons in Syria and Beyond*. <https://www.foreignaffairs.com/articles/2015-12-17/demographic-bombing>, 17.12.2015.
- Greenhill, Kelly M. (2016a), *Massenmigration als Waffe. Vertreibung, Erpressung und Außenpolitik*, Rottenburg a.N.
- Greenhill, Kelly M. (2016b), Migration as a Weapon in Theory and in Practice, *Military Review*, 96 (6), 23–36.
- Greenhill, Kelly M. (2016c), Open Arms Behind Barred Doors. Fear, Hypocrisy and Policy Schizophrenia in the European Migration Crisis, *European Law Journal*, 22 (3), 317–332.
- Greenhill, Kelly M. (2016d), Strategic Engineered Migration as a Weapon of War, *Transnational Law Review*, 39, 615–636.
- Greenhill, Kelly M. (2016e), When Virtues Become Vices. The Achilles' Heel of Migration Social Policy, in: Freemann, Gary. P./Mirilovic, Nikola (Hrsg.), *Handbook on Migration and Social Policy*, Northampton, 199–221.
- Hampshire, James (2016), Speaking With one Voice? The European Union's Global Approach to Migration and Mobility and the Limits of International Migration Cooperation, *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 42 (4), 571–586.
- H-Diplo (2013), ISSF Roundtable, 5 (3), <https://issforum.org/ISSF/PDF/ISSF-Roundtable-5-3.pdf>, 24.10.2017.
- Hofmann, Rainer/Schmidt, Adela (2016), Die Erklärung EU-Türkei vom 18.3.2016 aus rechtlicher Sicht, *Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht*, 35 (11), 1–9.

- Hollifield, James F./Wong Tom K. (2015), *The Politics of International Migration. How can we »Bring the State Back In?«*, in: Brettel, Caroline B./Hollifield, James F. (Hrsg.), *Migration Theory. Talking Across Disciplines*, London, 227–288.
- IOM – International Organisation of Migration (2016), *Study on Migrants' Profiles. Drivers of Migration and Migratory Trends*, <http://www.italy.iom.int/site/s/default/files/news-documents/Migrants%20Study%20-%20FINAL%20ENG%20VERSION%20-%20ELEC.pdf>, 3.11.2017.
- Jakob, Christian/Schlundwein, Simone (2017), *Diktatoren als Türsteher Europas. Wie die EU ihre Grenzen nach Afrika verlagert*, Berlin.
- Kingdon, John W. (1984), *Agendas, Alternatives, and Public Policies*, Boston.
- Loescher, Gil/Scanlan, John. A. (1986), *Calculated Kindness. Refugees and America's Half Open Door 1945 to the Present*, New York.
- Luedtke, Adam (2012), Weapons of Mass Migration: Forced Displacement, Coercion and Foreign Policy by Kelly M. Greenhill, *The Journal of Nationalism and Ethnicity*, 40 (5), 818–819.
- Lutterbeck, Derek (2006), Policing Migration in the Mediterranean, *Mediterranean Politics*, 11 (1), 6–82.
- Mearsheimer, John (2011), *Why Leaders Lie. The truth about Lying in International Politics*, Oxford.
- Miller, Mark J. (1999), The Prevention of Unauthorized Migration, in: Bernstein, Ann/Weiner, Myron (Hrsg.), *Migration and Refugee Policies. An Overview*, London, 20–44.
- Morrow, James D. (1999), The Strategic Setting of Choices: Signaling, Commitment, and Negotiation in International Politics, in: Lake, David A./Powell, Robert (Hrsg.), *Strategic Choice and International Relations*, Princeton, 77–114.
- Rinelli, Lorenzo (2016), *African Migrants and Europe. Managing the Ultimate Frontier*, Abingdon.
- Rudolph, Christopher (2011), Book Review of Weapons of Mass Migration. Forced Displacement, Coercions and Foreign Policy by Kelly M. Greenhill, *Perspectives on Politics*, 9 (3), 673–674.
- Schulze Wessel, Julia (2017), *Grenzfiguren. Zur politischen Theorie des Flüchtlings*, Bielefeld.
- Spiegel (2015), *Zynisches Spiel mit Flüchtlingen. Drohung aus Griechenland*, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/griechenland-politiker-wollen-fluechtlinge-nach-deutschland-schicken-a-1022548.html>, 24.10.2017.

- Stedman, John/Tanner, Fred (Hrsg.) (2003), *Refugee Manipulation: War, Politics and the Abuse of Human Suffering*, Washington, D.C.
- Stelzer, Irwin M. (2001), Immigration Policy for an Age of Mass Movement, *Policy*, 17 (4), 3–10.
- Taylor, Savitri (2005), From Border Control to Migration Management. The Chase for a Paradigm Change in the Western Response to Transborder Population Movement, *Social Policy & Administration*, 39 (6), 563–586.
- Toshkov, Dimiter/de Haan, Laura (2013), The Europeanization of Asylum Policy. An Assessment of the EU Impact on Asylum Applications and Recognitions Rates, *Journal of European Public Policy*, 20 (5), 661–83.
- Trauner, Florian/Turton, Jocelyn (2017), »Welcome Culture«. The Emergence and Transformation of a Public Debate on Migration, *Austrian Journal of Political Science*, 46 (1), 33–42.
- Tsoukala, Anastassia (2005), Looking at the Migrants as Enemies, in: Bigo, Didier/Guild, Elspeth (Hrsg.), *Controlling Frontiers: Free Movements into and within Europe*, Aldershot, 161–192.
- Vaughan-Williams, Nick (2015), *Europe's Border Crisis. Biopolitical Security and Beyond*, Oxford.
- Waterfield, Bruno (2015), Greece's Defence Minister Threatens to Send Migrants Including Jihadists to Western Europe, The Telegraph, Online, 9.3.2015, <http://www.telegraph.co.uk/news/worldnews/islamic-state/11459675/Greeces-defence-minister-threatens-to-send-migrants-including-jihadists-to-Western-Europe.html>, 3.11.2017.
- Wonders, Nancy (2015), Transforming Borders from Below, in: Weber, Leanne (Hrsg.), *Rethinking Border Control for a Globalising World. A Preferred Future*, New York, 190–198.
- Yildiz, Ayzelin Gözde (2016), *The European Union's Immigration Policy. Managing Migration in Turkey and Morocco*, London.
- Zaun, Natascha (2016), Why EU Asylum Standards Exceed the Lowest Common Denominator. The Role of Regulatory Expertise in EU Decision-making, *Journal of European Public Policy*, 23 (1), 136–154.
- Zogata-Kusz, Agnieszka (2012), Theoretical Perspectives on Immigration Policy and Politics, *Contemporary European Studies*, 20 (1), 5–21.

Autoren:

Johannes Lohmann, M.A., Prof. Dr. Sebastian Harnisch und Dr. Savas Genc,
Institut für Politische Wissenschaft, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg



Gewalt, Trauma und Religion in Kolumbien

Perspektiven von Konfliktopfern
und vertriebenen Menschen

Von Dr. Friederike Repnik, M.A.

2018, 442 S., geb., 84,— €

ISBN 978-3-8487-4904-1

eISBN 978-3-8452-9090-4

(Studien zur Friedensethik, Bd. 62)

nomos-shop.de/38006

Religion und Umgang mit Gewaltfragen. Die vorliegende Arbeit analysiert dieses Feld anhand der Arbeit verschiedener Kirchen mit vertriebenen Menschen in Kolumbien. Dabei kommen die institutionellen Ansätze psychosozialer Arbeit, insbesondere aber die spezifischen Perspektiven der Opfer in den Blick.



Unser Wissenschaftsprogramm ist auch online verfügbar unter: www.nomos-elibrary.de

Bestellen Sie jetzt telefonisch unter (+49)7221/2104-37.

Portofreie Buch-Bestellungen unter www.nomos-shop.de

Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



Nomos